

## Vorblatt

### Ziele

Ziel 1: Wirksame Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte

### Inhalt

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahmen:

Maßnahme 1: Betrauung einer versierten Aufsichtsbehörde

Maßnahme 2: Erlassung von Entfernungsanordnungen zur schnellstmöglichen Reaktion

Maßnahme 3: Einführung eines abgestuften Sanktionskatalogs

### Wesentliche Auswirkungen

Das Vorhaben hat wesentliche Auswirkungen auf folgende Wirkungsdimension(en):

Finanzielle Auswirkungen

Finanzierungshaushalt für die ersten fünf Jahre:

|                                 | in Tsd. €   |             |             |             |             |
|---------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
|                                 | 2023        | 2024        | 2025        | 2026        | 2027        |
| Nettofinanzierung Bund          | -513        | -876        | -920        | -945        | -970        |
| Nettofinanzierung Länder        | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| Nettofinanzierung Gemeinden     | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| Nettofinanzierung SV-Träger     | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| <b>Nettofinanzierung Gesamt</b> | <b>-513</b> | <b>-876</b> | <b>-920</b> | <b>-945</b> | <b>-970</b> |

Finanzielle Auswirkungen pro Maßnahme

| Maßnahme (in Tsd. €)  | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 | 2027 |
|---|------|------|------|------|------|
| Aufbau von Web-Interface und Beschwerdeportal                       | 70   | 0    | 0    | 0    | 0    |
| IT-Experte für für technische Betreuung laufendes System (0,15 FTE) | 6    | 12   | 13   | 13   | 13   |
| Prüfung Erst-Anmeldung / amtswegige Erhebung: Assistenz (0,25 FTE)  | 7    | 15   | 16   | 16   | 16   |
| Prüfung Erst-Anmeldung / amtswegige Erhebung: Jurist (0,1 FTE)      | 4    | 9    | 9    | 9    | 9    |
| Prüfung der Berichtspflichten und deren Inhalte: Assistenz          | 4    | 8    | 8    | 8    | 8    |

|  |     |     |     |     |     |
|--|-----|-----|-----|-----|-----|
| (0,125 FTE)  |     |     |     |     |     |
| Prüfung der Berichtspflichten und deren Inhalte: Jurist (0,25 FTE)                                   | 11  | 23  | 24  | 25  | 26  |
| Tätigkeit der Kontaktstelle: Assistenz / Sachbearbeitung (0,25 FTE)                                  | 7   | 15  | 16  | 16  | 16  |
| Tätigkeit der Kontaktstelle: Jurist (1 FTE)  | 43  | 92  | 97  | 100 | 103 |
| Tätigkeit der Kontaktstelle: KOA-Mitglied (0,125 FTE)  | 9   | 19  | 20  | 21  | 22  |
| Rechtsaufsicht: Assistenz (0,125 FTE)  | 4   | 8   | 8   | 8   | 8   |
| Rechtsaufsicht: Jurist (0,125 FTE)   | 5   | 12  | 13  | 13  | 13  |
| Rechtsaufsicht: KOA-Mitglied (1,875 FTE)   | 131 | 285 | 299 | 308 | 317 |
| Anschaffung Diensthandys   | 4   | 0   | 0   | 0   | 0   |
| Rufbereitschaft 24/7   | 63  | 137 | 144 | 148 | 152 |
| Kosten Telefon 24/7  | 1   | 1   | 1   | 1   | 1   |
| Aufwand für Miete, Strom, IT-Infrastruktur, Telefon etc. (4,375 FTE)                                 | 88  | 190 | 200 | 206 | 212 |
| Einsatz Juristen außerhalb üblicher Dienstzeit (0,1 FTE)   | 6   | 7   | 7   | 7   | 7   |
| Hosting extern (7x24h Betrieb und Verfügbarkeit)   | 12  | 26  | 27  | 28  | 29  |
| Laufende Kosten Portal   | 1   | 2   | 2   | 2   | 2   |
| ELAK-Kosten (anteilig)   | 7   | 15  | 16  | 16  | 16  |
| Aufwendungen zur Errichtung und Aufbau der neuen Tätigkeiten 80 Personentage (IT-Einrichtung System) | 30  | 0   | 0   | 0   | 0   |

#### Beschreibung der finanziellen Auswirkungen:

Für den Bund entsteht mit der Wahrnehmung der neuen, der Regulierungsbehörde und ihrer Geschäftsstelle übertragenen Aufgaben ein Mehraufwand im Jahr 2023 (für die zweite Jahreshälfte) von EUR 443 000 und im Jahr 2024 von EUR 876 000 im Bereich der Vollziehung der maßgeblichen Bestimmungen und überdies im Jahre 2023 einmalige Errichtungskosten von EUR 70 000 für den Aufbau eines Beschwerdeportals und die Adaption des Web-Interfaces. Auf die Beträge ab dem Jahr 2025 ist die in § 35 Abs. 1 KOG enthaltene Valorisierungsregel anzuwenden.

Im Entwurf werden für die neuen Aufgaben zwei weitere KommAustria-Mitglieder vorgesehen, woraus ein beträchtlicher Personalaufwand entsteht.

Im Bereich der administrativen Unterstützung der KommAustria wird ein Aufwand von rund zwei juristischen MitarbeiterInnen sowie rund einer Assistentzkraft erwartet.

Überdies ist zu betonen, dass der Gesetzgeber aufgrund europarechtlicher Vorgaben dazu verpflichtet ist, als flankierende Maßnahmen zur unmittelbar anwendbaren EU-Verordnung 2021/784 die zuständige Behörde zu benennen und die Strafbestimmungen und die Verpflichtung zur Berichterstattung zu normieren; darüber hinaus besteht keine nationale Regelungsbefugnis.

## Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union

Das Vorhaben enthält die erforderlichen flankierenden Regelungen zu Verordnungen der Europäischen Union

## Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens

Keine

## Vereinfachte wirkungsorientierte Folgenabschätzung

### Terrorinhalte-Bekämpfungsgesetz – TIB-G

Einbringende Stelle: BKA

Titel des Vorhabens: Bundesgesetz zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte (Terrorinhalte-Bekämpfungsgesetz – TIB-G)

|                  |        |                                  |             |
|------------------|--------|----------------------------------|-------------|
| Vorhabensart:    | Gesetz | Inkrafttreten/<br>Wirksamwerden: | 2023        |
| Erstellungsjahr: | 2023   | Letzte<br>Aktualisierung:        | 4. Mai 2023 |

## Beitrag zu Wirkungsziel oder Maßnahme im Bundesvoranschlag

Beitrag zu:

- Wirkungsziel: Hoher Beitrag des Bundeskanzleramts für ein friedliches, sicheres und chancengleiches Zusammenleben der Bevölkerung in Österreich (Untergliederung 10 Bundeskanzleramt - Bundesvoranschlag 2023)

## Problemanalyse

### Problemdefinition

Problemanalyse:

Zur Bewahrung einer offenen und demokratischen Gesellschaft ist auch ein entschlossener Kampf gegen den Missbrauch von Hosting-Diensten für die Verbreitung terroristischer Inhalte unabdingbar.

Diesem Ziel dient die Verordnung (EU) 2021/784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte (im Folgenden: Verordnung). Dieser Zweck erfordert eine Kombination aus legislativen und freiwilligen Maßnahmen basierend auf der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Anbietern.

Der Entwurf dient der zwingenden Durchführung der sich aus der Verordnung ergebenden Verpflichtungen durch legislative Begleitmaßnahmen. Diese Verpflichtungen bestehen insbesondere in der Schaffung eines wirksamen Rechtsbehelfs zugunsten der betroffenen Hosting-Dienste-Anbieter und

Inhalteanbieter (Art. 9 der Verordnung), der Benennung der zuständigen Behörden (in Bezug auf Art. 3, 4, 5 und 18) sowie einer Kontaktstelle (Art. 12); die Behörden haben insbesondere weisungsfrei zu handeln, wobei eine Aufsicht in Einklang mit dem nationalen Verfassungsrecht nicht ausgeschlossen ist (Art. 13). Schließlich bedarf es der Erlassung von wirksamen und abschreckenden Sanktionsvorschriften (Art. 18).

### **Datenschutz-Folgenabschätzung gem. Art 35 EU-Datenschutz-Grundverordnung**

Gemäß Art. 35 Abs. 1 DSGVO hat der Verantwortliche vorab eine Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz personenbezogener Daten durchzuführen. Da nach der Verordnung (EU) 2021/784 der Hosting-Diensteanbieter der Verantwortliche im Sinn der DSGVO ist, hat dieser die Datenschutz-Folgenabschätzung durchzuführen (vgl. auch die Erwägungsgründe 23 und 24); daher kann hier von einer Datenschutz-Folgenabschätzung abgesehen werden.

Ein Hostingdiensteanbieter ist nach der Verordnung (EU) 2021/784 insbesondere dazu verpflichtet:

- terroristische Inhalte in allen Mitgliedstaaten schnellstmöglich, in jedem Fall aber innerhalb einer Stunde, nach Erhalt der Entfernungsanordnung zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren (Art. 3 Abs. 3);
- über die zu treffenden spezifischen Maßnahmen zu entscheiden, die u.a. folgende Anforderung erfüllen müssen: „sie werden unter umfassender Berücksichtigung der Rechte und der berechtigten Interessen der Nutzer, insbesondere ihrer Grundrechte auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf Achtung des Privatlebens und auf den Schutz personenbezogener Daten, angewendet“ (Art. 5 Abs. 2 und Abs. 3 lit. c); und
- sicherzustellen, dass die gespeicherten terroristischen Inhalte und zugehörigen Daten angemessenen technischen und organisatorischen Schutzvorkehrungen unterliegen, wobei ein hohes Maß an Sicherheit der betreffenden personenbezogenen Daten zu gewährleisten ist (Art. 6 Abs. 3).

Diese Sichtweise wird auch durch die Ausführungen der Kommission im Impact Assessment gestützt, wo ausgeführt wird: „From the point of view of the protection of personal data and privacy, respect of these fundamental rights will be ensured through the observance by the hosting providers of the data protection rules, notably the GDPR, and the oversight mechanisms laid out there, as well as other specific safeguards as necessary (i.e. increased transparency requirements, information to the content provider when their content is removed, complaint mechanisms, etc.).“ (Impact Assessment, SWD(2018) 408 final, S. 104).

Zudem wird die Kommission bis zum 7. Juni 2024 eine Evaluierung dieser Verordnung durchführen und dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über deren Anwendung vorlegen, einschließlich der Auswirkungen der Anwendung der Verordnung auf die Grundrechte, insbesondere die Meinungs- und Informationsfreiheit, das Recht auf Achtung der Privatsphäre und das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten (vgl. Art. 23).

## **Ziele**

### **Ziel 1: Wirksame Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte**

Beschreibung des Ziels:

Wirksame Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte unter Gewährleistung der Achtung der betroffenen Grundrechte und Sicherstellung klarer Verantwortlichkeiten der Diensteanbieter zur Ergreifung spezifischer Maßnahmen und zur Entfernung terroristischer Inhalte.

Umsetzung durch:

Maßnahme 1: Betrauung einer versierten Aufsichtsbehörde

Maßnahme 2: Erlassung von Entfernungsanordnungen zur schnellstmöglichen Reaktion

Maßnahme 3: Einführung eines abgestuften Sanktionskatalogs

## **Maßnahmen**

### **Maßnahme 1: Betrauung einer versierten Aufsichtsbehörde**

Beschreibung der Maßnahme:

Die KommAustria wird als Aufsichtsbehörde mit den im TIB-G vorgesehenen Maßnahmen, die bereits durch die Verordnung vorgegeben sind, betraut.

Umsetzung von:

Ziel 1: Wirksame Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte

### **Maßnahme 2: Erlassung von Entfernungsanordnungen zur schnellstmöglichen Reaktion**

Beschreibung der Maßnahme:

Klare Regeln zur Meldung und Beseitigung von terroristischen Inhalten

Umsetzung von:

Ziel 1: Wirksame Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte

### **Maßnahme 3: Einführung eines abgestuften Sanktionskatalogs**

Beschreibung der Maßnahme:

Für die in der Verordnung taxativ angeführten Verstöße werden entsprechende Strafbestimmungen normiert.

Umsetzung von:

Ziel 1: Wirksame Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte

## Abschätzung der Auswirkungen

### Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und andere öffentliche Haushalte

#### Ergebnishaushalt – Gesamt für die ersten fünf Jahre (in Tsd. €)

Angaben über die ersten 5 Jahre hinausgehend finden sich im Anhang.

| in Tsd. €            | Summe         | 2023        | 2024        | 2025        | 2026        | 2027        |
|----------------------|---------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| <b>Erträge</b>       | <b>0</b>      | <b>0</b>    | <b>0</b>    | <b>0</b>    | <b>0</b>    | <b>0</b>    |
| davon Bund           | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon Länder         | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon Gemeinden      | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon SV-Träger      | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| <b>Aufwendungen</b>  | <b>4.224</b>  | <b>513</b>  | <b>876</b>  | <b>920</b>  | <b>945</b>  | <b>970</b>  |
| davon Bund           | 4.224         | 513         | 876         | 920         | 945         | 970         |
| davon Länder         | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon Gemeinden      | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon SV-Träger      | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| <b>Nettoergebnis</b> | <b>-4.224</b> | <b>-513</b> | <b>-876</b> | <b>-920</b> | <b>-945</b> | <b>-970</b> |
| davon Bund           | -4.224        | -513        | -876        | -920        | -945        | -970        |
| davon Länder         | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon Gemeinden      | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon SV-Träger      | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |

#### Finanzierungshaushalt – Gesamt für die ersten fünf Jahre (in Tsd. €)

Angaben über die ersten 5 Jahre hinausgehend finden sich im Anhang.

| in Tsd. €                | Summe         | 2023        | 2024        | 2025        | 2026        | 2027        |
|--------------------------|---------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| <b>Einzahlungen</b>      | <b>0</b>      | <b>0</b>    | <b>0</b>    | <b>0</b>    | <b>0</b>    | <b>0</b>    |
| davon Bund               | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon Länder             | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon Gemeinden          | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon SV-Träger          | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| <b>Auszahlungen</b>      | <b>4.224</b>  | <b>513</b>  | <b>876</b>  | <b>920</b>  | <b>945</b>  | <b>970</b>  |
| davon Bund               | 4.224         | 513         | 876         | 920         | 945         | 970         |
| davon Länder             | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon Gemeinden          | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon SV-Träger          | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| <b>Nettofinanzierung</b> | <b>-4.224</b> | <b>-513</b> | <b>-876</b> | <b>-920</b> | <b>-945</b> | <b>-970</b> |
| davon Bund               | -4.224        | -513        | -876        | -920        | -945        | -970        |
| davon Länder             | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon Gemeinden          | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |
| davon SV-Träger          | 0             | 0           | 0           | 0           | 0           | 0           |

## Finanzielle Auswirkungen pro Maßnahme

| Maßnahme (in Tsd. €)   | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 | 2027 |
|--|------|------|------|------|------|
| Aufbau von Web-Interface und Beschwerdeportal  | 70   | 0    | 0    | 0    | 0    |
| IT-Experte für für technische Betreuung laufendes System (0,15 FTE)                                  | 6    | 12   | 13   | 13   | 13   |
| Prüfung Erst-Anmeldung / amtswegige Erhebung: Assistenz (0,25 FTE)                                   | 7    | 15   | 16   | 16   | 16   |
| Prüfung Erst-Anmeldung / amtswegige Erhebung: Jurist (0,1 FTE)                                       | 4    | 9    | 9    | 9    | 9    |
| Prüfung der Berichtspflichten und deren Inhalte: Assistenz (0,125 FTE)                               | 4    | 8    | 8    | 8    | 8    |
| Prüfung der Berichtspflichten und deren Inhalte: Jurist (0,25 FTE)                                   | 11   | 23   | 24   | 25   | 26   |
| Tätigkeit der Kontaktstelle: Assistenz / Sachbearbeitung (0,25 FTE)                                  | 7    | 15   | 16   | 16   | 16   |
| Tätigkeit der Kontaktstelle: Jurist (1 FTE)  | 43   | 92   | 97   | 100  | 103  |
| Tätigkeit der Kontaktstelle: KOA-Mitglied (0,125 FTE)  | 9    | 19   | 20   | 21   | 22   |
| Rechtsaufsicht: Assistenz (0,125 FTE)  | 4    | 8    | 8    | 8    | 8    |
| Rechtsaufsicht: Jurist (0,125 FTE)   | 5    | 12   | 13   | 13   | 13   |
| Rechtsaufsicht: KOA-Mitglied (1,875 FTE)   | 131  | 285  | 299  | 308  | 317  |
| Anschaffung Diensthandys   | 4    | 0    | 0    | 0    | 0    |
| Rufbereitschaft 24/7   | 63   | 137  | 144  | 148  | 152  |
| Kosten Telefon 24/7  | 1    | 1    | 1    | 1    | 1    |
| Aufwand für Miete, Strom, IT-Infrastruktur, Telefon etc. (4,375 FTE)                                 | 88   | 190  | 200  | 206  | 212  |
| Einsatz Juristen außerhalb üblicher Dienstzeit (0,1 FTE)   | 6    | 7    | 7    | 7    | 7    |
| Hosting extern (7x24h Betrieb und Verfügbarkeit)   | 12   | 26   | 27   | 28   | 29   |
| Laufende Kosten Portal   | 1    | 2    | 2    | 2    | 2    |
| ELAK-Kosten (anteilig)   | 7    | 15   | 16   | 16   | 16   |
| Aufwendungen zur Errichtung und Aufbau der neuen Tätigkeiten 80 Personentage (IT-Einrichtung System) | 30   | 0    | 0    | 0    | 0    |

## Beschreibung der finanziellen Auswirkungen:

Für den Bund entsteht mit der Wahrnehmung der neuen, der Regulierungsbehörde und ihrer Geschäftsstelle übertragenen Aufgaben ein Mehraufwand im Jahr 2023 (für die zweite Jahreshälfte) von

EUR 443 000 und im Jahr 2024 von EUR 876 000 im Bereich der Vollziehung der maßgeblichen Bestimmungen und überdies im Jahre 2023 einmalige Errichtungskosten von EUR 70 000 für den Aufbau eines Beschwerdeportals und die Adaption des Web-Interfaces. Auf die Beträge ab dem Jahr 2025 ist die in § 35 Abs. 1 KOG enthaltene Valorisierungsregel anzuwenden.

Im Entwurf werden für die neuen Aufgaben zwei weitere KommAustria-Mitglieder vorgesehen, woraus ein beträchtlicher Personalaufwand entsteht.

Im Bereich der administrativen Unterstützung der KommAustria wird ein Aufwand von rund zwei juristischen MitarbeiterInnen sowie rund einer Assistenzkraft erwartet.

Überdies ist zu betonen, dass der Gesetzgeber aufgrund europarechtlicher Vorgaben dazu verpflichtet ist, als flankierende Maßnahmen zur unmittelbar anwendbaren EU-Verordnung 2021/784 die zuständige Behörde zu benennen und die Strafbestimmungen und die Verpflichtung zur Berichterstattung zu normieren; darüber hinaus besteht keine nationale Regelungsbefugnis.

## Anhang

### Detaillierte Darstellung der finanziellen Auswirkungen

#### Bedeckung Bund

Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt (in Tsd. €)

| in Tsd. €                              |                          | 2023             | 2024 | 2025 | 2026 | 2027 |      |
|--|--------------------------|------------------|------|------|------|------|------|
| Auszahlungen/ zu bedeckender Betrag    |                          | 513              | 876  | 920  | 945  |      |      |
| Einsparungen / reduzierte Auszahlungen |                          | 0                | 0    | 0    | 0    |      |      |
| <hr/>                                  |                          |                  |      |      |      |      |      |
| Bedeckung erfolgt durch                | Betroffenes Detailbudget | Aus Detailbudget | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 | 2027 |
| gem. BFG bzw. BFRG                     | 100104 DS/               |                  | 513  | 876  | 920  | 945  | 970  |

#### Erläuterung zur Bedeckung:

Die finanziellen Auswirkungen betreffend die beiden KommAustria-Mitglieder sind im Vorblatt der WFA, unterhalb Überschrift „Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und andere öffentliche Haushalte“ bzw. Tabelle „Finanzielle Auswirkungen pro Maßnahme“, Zeilen „Tätigkeit der Kontaktstelle: KOA-Mitglied (0,125 FTE)“ und „Rechtsaufsicht: KOA-Mitglied (1,875 FTE)“, im Detail angeführt. Diese Beträge sind im BFG 2023 und im BFRG 2023-2026ff berücksichtigt und daher innerhalb der UG 10 bedeckbar:

- 2023: EUR 140 000 (für die zweite Jahreshälfte 2023)
- 2024: EUR 304 000
- 2025: EUR 319 000
- 2026: EUR 329 000
- 2027: EUR 339 000

Die übrigen finanziellen Auswirkungen des WFA-Vorhabens für 2023-2026ff sind nicht im BFG 2023 und BFRG 2023-2026ff enthalten. Die nachfolgend angeführten Beträge werden zunächst aus dem laufenden Vollzug der UG 10 bedeckt:

- 2023: EUR 373 000
- 2024: EUR 572 000
- 2025: EUR 601 000

- 2026: EUR 616 000
- 2027: EUR 631 000

### Transferaufwand

| Körperschaft<br>(Angaben in Tsd €) | 2023       | 2024       | 2025       | 2026       | 2027       |
|------------------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| Bund                               | 513        | 876        | 920        | 945        | 970        |
| Länder                             |            |            |            |            |            |
| Gemeinden                          |            |            |            |            |            |
| Sozialversicherungsträger          |            |            |            |            |            |
| <b>GESAMTSUMME</b>                 | <b>513</b> | <b>876</b> | <b>920</b> | <b>945</b> | <b>970</b> |

| in €  |              | 2023  |            | 2024  |            | 2025  |            | 2026  |            | 2027  |            |
|---|--------------|-------|------------|-------|------------|-------|------------|-------|------------|-------|------------|
| Bezeichnung                                     | Körperschaft | Empf. | Aufwand    |
| Einmalkosten Web-Interface und Beschwerdeportal | Bund         | 1     | 70.000,00  |       |            |       |            |       |            |       |            |
| Administrativer Aufwand RTR-GmbH                | Bund         | 1     | 443.000,00 | 1     | 876.000,00 | 1     | 920.000,00 | 1     | 945.000,00 | 1     | 970.000,00 |

Für 2023 (Inkrafttreten des Vorhabens mit 1. Juli 2023) fallen als administrativer Aufwand für die RTR-GmbH EUR 443 000 sowie für den Aufbau des Beschwerdeportals und die Adaption des Web-Interfaces Einmalkosten in der Höhe von EUR 70 000 an.

**Dokumentinformationen**

Vorlagenversion: V2.006

Schema: BMF-S-WFA-v.1.9

Deploy: 2.4.21.RELEASE

Datum und Uhrzeit: 04.05.2023 12:12:44

WFA Version: 1.3

OID: 566

B0|D0